

Axpo-Vertrag vor dem Aus?

STROM Schaffhausen steht nicht mehr alleine da: Zürich stellt sich ebenfalls gegen die Privatisierungspläne der Axpo.

Nora Leutert

Im Schaffhauser Kantonsparlament baute sich schon länger Widerstand gegen die Privatisierungspläne der Axpo auf. Damit war man bisher eher auf einsamem Posten. Bis jetzt.

Der über 100 Jahre alte Gründungsvertrag des Stromkonzerns muss überarbeitet werden, da sind sich alle einig. Weniger einig hingegen ist man sich über den Inhalt. Bisher sind die Axpo und damit unser Stromnetz und unsere Wasserkraftwerke vollständig im Besitz der öffentlichen Hand: Die neun Besitzerkantone sowie deren Werke dürfen ihre Axpo-Aktien nicht an Dritte verkaufen. Das soll sich mit dem neuen Vertrag ändern. Die Axpo hegt Privatisierungspläne. Nach fünf Jahren ab Vertragsbeginn könnten die Aktionäre bis zu 49 Prozent ihrer Anteile verkaufen. Und nach einer Phase von acht Jahren könnte es sein, dass die Axpo sogar ganz privatisiert würde. Ihr Stromnetz und ihre Wasserkraftwerke könnten vollständig in den Besitz ausländischer Investoren übergehen.

Für eine Vertragsänderung müssen alle Vertragspartner dem neuen Vertrag zustimmen. Das haben sie auch grossteils getan. Nicht so Schaffhausen.

Bereits 2019 schloss sich im Schaffhauser Kantonsrat eine bemerkenswerte Allianz gegen die Privatisierungspläne der Axpo zusammen: SP und SVP forderten, die Axpo solle in öffentlicher Schweizer Hand bleiben. Der Kantonsrat schickte daraufhin Baudirektor Martin Kessler mit Forderungen ins Gremium der Axpo-Besitzer. Er blieb erfolglos. Und der Vertrag und die Eignerstrategien blieben unverändert. Diesen September nun hat die vorberatende Kommission des Kantonsrats deshalb die Konsequenzen gezogen: Sie empfiehlt dem Kantonsrat, die Vorlage des Regierungsrats zum neuen Axpo-Vertrag abzulehnen.

Nun bekommt Schaffhausen Rückenwind. Zürich hat bereits bisher mit der Axpo in etwa die gleichen Schritte wie Schaffhausen durchlaufen. Und letzte Woche nun hat die



Wer leitet in Zukunft den Strom durch unsere Netze?

Bearbeitung: Stefan Kiss

Spezialkommission des Zürcher Kantonsrats den gleichen Entscheid gefällt: Auch sie lehnt die Zustimmung zum neuen Vertrag ab. Die Ratsdebatte steht noch aus.

Was bedeutet das für Schaffhausen?

Guten Mutes

Zürich hält über einen Drittel der Axpo-Aktien, während Schaffhausen mit einem Anteil von 8 Prozent zu den kleinen Fischen gehört. Um den Vertrag zu Fall zu bringen, bräuchte es nur einen ablehnenden Entscheid. Egal, ob aus Zürich oder aus Schaffhausen. Doch für Schaffhausen nimmt der Zürcher Vorentscheid den Druck aus der Sache. Demnächst wird der neue Axpo-Vertrag im Schaffhauser Kantonsrat diskutiert.

Die Fraktionen hätten erfolgreich überkantonal zusammengearbeitet, sagt SP-Kantonsrat und Kommissionsmitglied Kurt Zuber. «Es wäre eine grosse Herausforderung, wenn man die Ablehnung des Vertrags alleine tragen müsste. Es ist für uns deshalb wichtig, wie Zürich unterwegs ist.»

Das Nein der Schaffhauser Linken ist unbestritten, bei der SVP hingegen könnte es ein wenig anders aussehen. Unter den SVP-Vertre-

tern im Kantonsrat dürfte es einige geben, bei denen die neoliberale Gesinnung stärker ist: Stärker als die nationalistische, welche für den Verbleib des Strommonopols in öffentlicher Schweizer Hand spricht.

SVP-Kantonsrat Markus Müller, ebenfalls Kommissionsmitglied, ist allerdings guten Mutes, dass man die SVP-Fraktion geschlossen zur Ablehnung des Vertrags bringt. Das Nein der Zürcher bestärke diese Absicht, so Müller. Die FDP indessen ist klar für den Vertrag.

Fest steht jedenfalls: Zürich stärkt dem Widerstand des kleinen Schaffhauser Parlaments gegen das Axpo-Gremium den Rücken.

Im März drohte Baudirektor Martin Kessler in den *Schaffhauser Nachrichten* noch, wenn das Schaffhauser Parlament der Axpo nicht vertraue und das ganze Projekt ablehne, müsse man einen Verkauf der Schaffhauser Aktien an einen der anderen Aktionäre erwägen. Diese Argumentation greift nun nicht mehr. Martin Kessler bestätigt: «Nachdenken über einen Verkauf muss grundsätzlich immer gestattet sein! Aber tatsächlich sähe mit einem Nein der Zürcher die Situation wieder anders aus.»

Noch ist nichts entschieden. Das Geschäft ist im Schaffhauser Rat auf den 1. November traktandiert und in Zürich ebenfalls in den kommenden Wochen.